

Einspruch gegen alle Maßnahmen die die ehemalige Gemeinde Niedersteinbach in Ihrer Willensfreiheit und örtlichen Entwicklung durch das negative Einwirken der Verwaltung vom Markt Mömbris benachteiligt und sogar seit Jahren schädigt.

Antrag auf Ausgliederung der ehemaligen Gemeinde Niedersteinbach.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Glaser, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

„**Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht**“ und exakt mit der Entscheidung bezüglich des neu entschiedenen Schulsprengels, haben Sie und die Verwaltung alle demokratischen Grundwerte mißachtet und sich in eine Ebene begeben, die sich jeglicher Vernunft und Achtung vor dem steuerzahlenden Bürger entledigt. Schlichtweg ist das Betrug am Bürger.

Unser Einspruch bezieht sich ausschließlich auf das Verwaltungsgebiet der ehemaligen Gemeinde Niedersteinbach und lautet wie folgt:

1. Nachdem die Verwaltung vom Markt Mömbris unsere **Grundschule** nun schon über 30 Jahre verwahten ließ, stehen nun Reparaturkosten an die eine bankrotte Verwaltung nicht mehr einlösen kann, dem ist zwingend und schnellstmöglich in Eigeninitiative des Ortes entgegenzusteuern, die wiederum nur in einer Selbstverwaltung (darum umgehende Ausgliederung) umsetzbar ist.
2. Die im Einspruchsverfahren steckende **Flurbereinigung** kann nicht zum Abschluß gebracht werden, da es offen liegt daß Ihre Verwaltung Flächenmißbrauch geduldet hat, um sich selbst zu bereichern. Die Pläne von Grenzänderungen die eindeutig auf Kosten der ehemaligen Gemeinde von Niedersteinbach, sind nur dann akzeptabel, wenn der Flächenaustausch ausschließlich nur der zukünftigen sich selbst verwaltenden Gemeinde Niedersteinbach zugesprochen wird.
3. Der geplante **Feuerwehrstützpunkt** außerhalb unserer Gemeinde, der sich drauf stützt, daß auch unsere Feuerwehr ausgegliedert werden soll, kann nicht geduldet werden. Nicht nur, daß dieser Stützpunkt eine nicht zu verantwortende Belastung der Steuerzahler bedeutet, sondern daß es auch ohne rechtliche Grundlage und ohne Anhörung der betroffenen Bürger beschlossen worden ist.

- Seite 2 vom Schreiben 05.03.2005 -

4. Die **Mobilfunkantenne** ist sofort von dem Standort auf dem Feuerwehrgerätehaus aber auch komplett aus dem Wohnbereich zu entfernen, da diese ohne unser Bürgerzustimmung brachial und mit Polizeigewalt aufgebaut wurde. Die Begründung von wirtschaftlichen Nutzen war Vortäuschung und Irreführung. Seit der direkten Mikrowellenbestrahlung durch diese Sendeanlage haben wir in Niedersteinbach proportional zu allen Orten der Gemeinde die höchste Sterberate. Im Umkreis der Antenne ist in jedem zweiten Haushalt die Krebsrate und chronische Erkrankung um 50 % angestiegen. Das ist eindeutig Beihilfe zum Mord. Die bisher eingenommen Standortgebühren sind an den Ort Niedersteinbach abzuführen.
5. Unsere **Wasserversorgung** ist entgegen dem ursprünglichen Bürgerbestreben doch nicht in neutraler Eigenverwaltung, die nachgewiesene Verwaltungs-Gebührendefizite wurden bis heute nicht ausgeglichen. Die Abstimmung vom 23. Juli 1998 ist unter Vortäuschung falscher Tatsachen gerichtlich zu Anden. Die Altlasten von 1,1 Millionen Mark und die vom Markt unterschlagenen 1,7 Millionen Mark, sind ausreichend Beweis für die Unfähigkeit der Großverwaltung in die sich die Gemeinde Niedersteinbach in 1972, zwangsweise einlassen mußte.

Die Bürgerinitiative Niedersteinbach ist sich sicher, daß die oben genannten Fakten in Ihrer Tragweite, unvorstellbare Dimensionen angenommen haben, die wiederum kaum noch zu begleichen sind, aber dieses rechtlose Verhalten ist nicht mehr länger zu Dulden.

Um zu Retten was uns Lieb ist, nämlich unser Hab und Gut unser Leben in Freiheit und unsere Heimat, ist eine sofortige Selbstverwaltung zwingend nötig. Noch mehr Schulden wie uns in den 30 Jahren durch die Unfähigkeit, Arroganz und Selbstherrlichkeit aufgedrückt wurde, können wir nicht mehr vor unseren Kinder verantworten. Es wird Zeit daran zu Denken, daß uns die Erde nur geliehen wurde und das wir die unbedingte Pflicht haben, diese unsere Erde unsere Heimat so zu erhalten, damit auch Generationen nach uns ein ordentliches Leben führen können.

Die Zentralisierung verbunden mit der Zwangseingemeindung vieler gut funktionierenden Kleingemeinden so auch Niedersteinbach, ist als reine Willkür zu bewerten und hat nachweislich viele Orte in eine Diktatur geführt, bei der die einzelnen Ortsinteressen taktisch so ausgehebelt wurden, daß Entscheidungen gegen die Bürger schon vor der Bürgeranhörung beschlossen waren.

Folglich teilen wir Ihnen mit, daß wir den Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Niedersteinbach stellen, die am 01. Juli 2005 zu vollziehen ist.

Eine Übergangsverwaltung der Gemeinde Niedersteinbach steht zur Übergabe und Errichtung der Eigenständigkeit auf Abruf bereit, diese wird die Geschicke bis zur ersten demokratischen Wahl in unserer Gemeinde leiten. Geschäftskonto und Geschäftsadresse werden Ihnen mitgeteilt, wenn uns die Bestätigung der Ausgliederung vorliegt. Der gesamte Eigentum der ehemaligen Gemeinde Niedersteinbach ist wenn möglich schon im voraus des 01.07.05, an die Übergangsverwaltung auszuhändigen, damit die Eigenständigkeit reibungslos und termingerecht durchgeführt werden kann. Zum Schutz der betreffenden Bürger, werden wir die Namen der Übergangsverwaltung nicht eher preisgeben, bis der Termin zur Ausgliederung offiziell bekannt gemacht wurde.

Sie sollten sich darüber im klaren sein, daß die Gemeinde Niedersteinbach gegenüber Ihrer Verwaltung eventuell auch Ihrer Person, Schadenersatzansprüche geltend machen wird. Eine Konsenslösung haben wir natürlich auch erarbeitet, damit die Eigenständigkeit reibungslos und termingerecht durchgeführt werden kann.

Allen Bürgern von Niedersteinbach werden wir dieses Schreiben zur Kenntnisnahme zustellen und weitere Schritte zeitnah melden.

Mit freundlichen Grüßen

Erhard Lorenz

Vorsitzender der „BIN“, Bürgerinitiative Niedersteinbach